

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsort: Riesner
Grenzstr. 20.

Postfachkonto: Leipzig 21304.
Grenzstr. Riesner Nr. 52.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesner, sowie den Gemeinderat Gröbza.

Nr. 87.

Mittwoch, 13. Februar 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Voranzahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Reichspostanstalten vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für irgendwelche Nachweise und Vermittlungsgebühren 20 Pf. Beste Tarife. Gewählter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Betrieb der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesner; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesner.

Der noch rückständige Wasserversand auf das 4. Vierteljahr 1917 ist längstens bis zum 22. Februar 1918 an unsere Stadthauptkasse abzuführen.

Der Rat der Stadt Riesner, am 12. Februar 1918. St.

Vollmilchmarken

auf die Zeit vom 18. Februar bis 17. März 1918 werden Freitag, den 15. Februar 1918, nachm. von 3-5 Uhr in den bekannten Ausgabestellen im Rathaus ausgegeben. Die verspätete Entnahme der Vollmilchmarken hat künftig in unserer Lebensmittelkartenzentrale — Rathaus, Zimmer Nr. 13 — zu erfolgen und ist hierfür eine Veräumerungsgebühr von 50 Pf. zu entrichten.

Der Rat der Stadt Riesner, am 13. Februar 1918. St.

Wilson antwortet Hertling und Czernin.

Washington, 12. Februar. (Melbung des Reuterschen Bureau.) In seiner Rede, welche Wilson gestern im Kongress hielt, führte er aus:
Auf meine Rede vom 8. Januar und die des englischen Premierministers vom 5. Januar haben der deutsche Reichskanzler und Graf Czernin am 24. Januar geantwortet. Die Antwort des Grafen Czernin ist in einem sehr freundlichen Ton gehalten. Er erblickt in meiner Erklärung eine Grundlage für eine eingehendere Besprechung der Kriegsziele. Wenn er angedeutet haben soll, daß mir seine Ansichten zuvor mitgeteilt wurden, so ist er sicherlich mißverständlich worden. Ich hatte keine Mitteilung vorher von dem, was er zu sagen beabsichtigte. Graf Hertling's Antwort ist sehr unbestimmt und voll zweideutiger Sätze. Sie bestätigt leider mehr den unglückseligen Eindruck, den wir aus den Konferenzen in Brest-Litowsk gewonnen haben, als daß sie ihn beseitigt. Er weigert sich, unsere allgemeinen Grundzüge auf die wesentlichen Punkte für eine endgültige Abmachung anzuwenden, er ist mißtraulich gegen eine internationale Aktion und gegen internationale Beratungen. Er scheint darauf zu bestehen, daß der Grundgedanke öffentlicher Diplomatie auf Allgemeinheiten beschränkt werde, und daß die verschiedenen Einzelfragen über Gebiete und Staatshoheit, von deren Lösung die Annahme des Friedens seitens der 23 jetzt im Kriege befindlichen Staaten abhängt, nicht in allgemeinen Beratungen, sondern getrennt von den in Folge ihrer Nachbarschaft nächstbeteiligten Nationen erörtert und geschlichtet werden. Er stimmt der Freiheit der See zu, aber ist zweifelhaft über eine Beschränkung dieser Freiheit durch internationale, im Interesse der Weltordnung getroffene Maßnahmen. Er erhebt keine Einwendung gegen eine Beschränkung der Rüstungen; diese Angelegenheit würde sich durch die wirtschaftliche Lage nach dem Kriege von selbst regeln. Die deutschen Kolonien aber verlangt er, ihm ohne Erörterung zurückzustellen. Er will nur mit England über das Schicksal der baltischen Länder, mit der französischen Regierung über die Räumung des französischen Gebietes, mit Oesterreich über Polen verhandeln. Die Lösung aller die Balkanstaaten betreffenden Fragen überweist er Oesterreich und der Türkei, die Vereinbarungen hinsichtlich der nicht-türkischen, dem gegenwärtigen osmanischen Reich zugehörigen Völker den türkischen Behörden allein. Nachdem ein Abkommen in dieser Weise nach allen Seiten durch Einzelverhandlungen erzielt ist, hätte er keine Einwendung gegen eine Liga der Nationen zur Sicherung des Gleichgewichts der Kräfte gegen Störungen nach außen. Auf einer solchen Basis kann aber unmöglich ein allgemeiner Frieden erzielt werden.

Die Methode des deutschen Reichskanzlers ist jene des Kongresses von Wien. Wir können und wollen nicht dahin zurückkehren. Auf dem Spiele steht der Weltfrieden, eine neue Völkerordnung, aufgebaut auf den weltlichen und allumfassenden Grundzügen von Recht und Gerechtigkeit. Es ist möglich, daß Graf Hertling diese nicht sieht oder versteht. Hat er die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli vollkommen vergessen oder übersehen er sie absichtlich? Diese spricht von Bedingungen für einen allgemeinen Frieden, nicht von nationaler Ausdehnung oder von Vereinbarungen von Staat zu Staat. Der Weltfrieden hängt ab von der gerechten Schlichtung jedes der verschiedenen Probleme, auf welche ich hingewiesen habe. Diese Probleme, jedes für sich und insgesamt geben die ganze Welt an, und nur, wenn sie im Geiste selbstloser und unbeeinträchtigter Gerechtigkeit gelöst werden, kann ein dauernder Friede erreicht werden. Was immer den Frieden betrifft, betrifft auch die Menschheit, und was durch militärische Macht geschlichtet ist, ist, wenn in gerechter Weise geschoben, keineswegs beigelegt. Ist sich Graf Hertling nicht bewußt, daß er jetzt in einem Gerichtshof der ganzen Menschheit spricht? Die Reichstagsentscheidung vom Juli hat die Entscheidung eines solchen Gerichtshofes offen angenommen; es soll weder Annexionen noch Entschädigungen oder strafweisen Schadenersatz geben. Die Völker dürfen nur noch gemäß ihrer eigenen Zustimmung beherzigt und registriert werden. Das Selbstbestimmungsrecht ist ein gebieterischer Grundsatz, den die Staatsmänner künftig nur auf ihre eigene Gefahr mißachten werden. Ein allgemeiner Friede kann nicht aus getrennten Vereinbarungen zwischen mächtigen Staaten zusammengesetzt werden. Alle Teilnehmer an diesem Kriege müssen sich zur Schlichtung jeder Frage, an welcher sie irgendwie beteiligt sind, zusammenschließen, und jeder einzelne Punkt muß dem allgemeinen Urteil unterstellt werden. Die Vereinigten Staaten haben keinen Grund, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen oder als Schlichter zu fungieren. Es ist unter ihrer Würde, sich einer inneren Schwäche oder Herrlichkeit zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Volke aufzuerlegen. Sie werden es gerne annehmen, wenn man ihnen verständlich macht, daß die

von ihnen vorgeschlagenen Lösungen nicht die besten und dauerhaftesten sind. Die Vereinigten Staaten sind jedoch in diesen Krieg eingetreten, weil sie, ob gewollt oder nicht, zu Mitbetroffenen in den Leben und der Ungerade, die von den militärischen Herren Deutschlands dem Frieden und der Sicherheit der Menschheit zugefügt wurden, gemacht worden sind, und die Friedensbedingungen betreffen sie fast ebenso sehr wie irgend eine andere Nation, der eine führende Rolle in der Aufrechterhaltung der Zivilisation zukommt. Wir sehen keinen Weg zu einem Frieden, bis die Ursachen dieses Krieges beseitigt werden und ihre Wiederkehr, soweit erreichbar, unmöglich gemacht wird.

Dieser Krieg hatte seine Wurzeln in der Nichtbeachtung der Rechte der kleinen Nationen und Rassen, denen die Einigkeit und die Macht fehlte, ihre Ansprüche, ihre eigene Staatszugehörigkeit und ihre eigene Form des politischen Lebens durchzusetzen. Vertragliche Verpflichtungen und die vereinigte Macht aller Nationen, welche die Gerechtigkeit leben, müssen solche Dinge künftig unmöglich machen. Wenn nun aber Gebietsfragen und politische Beziehungen der großen Völker, die keine organisierte Widerstandskraft haben, durch Verträge zwischen den mächtigen Regierungen, die sich für nichtbeteiligt halten, bestimmt werden sollen, wie Graf Hertling vorschlägt, warum nicht auch wirtschaftliche Fragen? Die internationalen Beziehungen der Völker werden ebenso sehr berührt wie der Zutritt zu den Rohmaterialien zu billigen und gleichen Handelsbedingungen. Graf Czernin scheint einen klaren Blick über die fundamentalen Elemente des Krieges zu haben, jedoch scheint er sie verdunkeln zu wollen. Er sieht ein, daß ein unabhängiges Boleu, zusammengesetzt aus allen Ländern der polnischen Rassen, gebildet werden muß. Er sieht ferner ein, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß. Wenn er über Fragen schweigt, welche die Interessen und Absichten seiner Verbündeten näher als die Oesterreichs allein berühren, so ist dies natürlich, und er fügt, daß Oesterreich auf die Kriegsziele, wie sie von den Vereinigten Staaten ausgedrückt wurden, mit weniger Schwierigkeiten eingehen kann, als dies Deutschland möglich ist. Er würde wahrscheinlich noch weiter gegangen sein, wenn er auf Oesterreichs Bündnis in seiner Abhängigkeit von Deutschland keine Rücksicht zu nehmen gehabt hätte. Die Untersuchung, ob es den beiden Regierungen möglich sein wird, in diesem Austausch der Ansichten fortzuschreiten, ist einfach und klar. Die anzuwendenden Grundzüge sind folgende:

1. daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmtesten Falle und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, welcher dauernd ist, herbeiführen wird;
2. daß Völker und Provinzen nicht von einer Staats-oberhoheit in eine andere herumgeschoben werden;
3. daß jedoch jede Lösung einer Gebietsfrage, welche durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und des als Teil eines hohen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß;
4. daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Bereinigung alter Elemente von Zwist und Geanerei, die den Frieden Europas, somit der ganzen Welt, wahrscheinlich bald wieder stören würden, anzufangen.

Ein allgemeiner Friede, auf solcher Grundlage errichtet, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede gesichert ist, haben wir keine andere Wahl, als den Krieg fortzusetzen. Soweit wir es beurteilen können, sind diese Grundzüge schon überall als zwingend akzeptiert worden, außer von den Wortführern der deutschen Militär- und Annexionspartei. Es ist ein tragischer Umstand, daß diese eine Partei in Deutschland mißsensfähig ist, Millionen Menschen in den Tod zu senden, um etwas zu verhindern, was alle Welt nur als gerecht ansieht. Ich wäre kein wahrhaftiger Wortführer des Volkes der Vereinigten Staaten, wenn ich nicht nochmals sagen würde, daß wir in diesem Kriege wegen seines kleinen Anlasses eingetreten sind, und daß wir auf dem grundlegenden eingeschlagenen Wege niemals umkehren können.

Unsere Hilfsquellen sind jetzt teilweise mobilisiert, und wir werden nicht ruhen, bis dies nicht im ganzen geschehen ist. Unsere Truppenbewegungen werden noch beschleunigt werden. Unsere ganze Kraft wird in diesem Kriege der Befreiung von der Bedrohung und von der Vordringlichkeit selbstthätiger Gruppen von autokratischen Herrschern eingesetzt werden. Wir sind in unserer Kraft der unabhängigen Tat unbegrenzt und können unter keinen Umständen zustimmen, in einer Welt, die von Ränken und Gewalt regiert wird, zu leben. Wir glauben, daß unser eigenes Verlangen nach einer neuen Weltordnung, in welcher Vernunft, Gerechtigkeit und das allgemeine Interesse der Menschheit regiert, das Verlangen der aufgelaarten

Rohlenabgabe in Gröbza!

Donnerstag, den 14. Februar, von 8 Uhr vormittags ab wird im neuen Saal an die hiesigen Einwohner, soweit sie in den Kundenlisten der Händlerin Frau Seyffert und des Händlers Herrn Deone eingetragen worden sind, böhmische Braunkohlen abgegeben. Beliefert wird der Januar-Abchnitt der Grundkarte. Laut Verfügung des Kommunalverbandes ist jeder Abnehmer verpflichtet, beim Einkauf von Braunkohle oder Briketts, die gleiche Menge Rohkohle zu entnehmen. Diese wird bei Herrn Carl Galle abgegeben. Dasselbe trifft auch für die Kunden von Meydorf und Wochra, welche bei Frau Seyffert angemeldet sind, zu. Die Grundkarten vom Monat Februar ab werden mit 2 1/2 Str. Rohle oder Briketts und 2 Str. Rohkohle für einen Monatsabschnitt geliefert.

Gröbza, Elbe, am 13. Februar 1918.

Der Gemeindevorstand.

Ich überall ist. Ohne diese neue Weltordnung wird die Welt ohne Frieden bleiben, erträgliche Existenz- und Entwicklungsbedingungen werden fehlen. Nachdem wir einmal unsere Hand an die Durchführung dieser Aufgabe gelegt haben, werden wir nicht mehr umkehren. Kein Wort, das ich gesagt habe, ist als Drohung gemeint. Ich habe so gesprochen, nur damit die ganze Welt die wirkliche Stimmung Amerikas kennen lernen möge. Die Macht der Vereinigten Staaten ist für keine Nation und kein Volk eine Bedrohung, sie entpringt der Freiheit und steht im Dienste der Freiheit.

Unverkennbar geht Wilson von der Leiden aus, Oesterreich-Ungarn gegen Deutschland auszuspielen. Graf Czernin's Rede wird nach Form und Inhalt über den grünen Aes gelobt, während Graf Hertling's Ausführungen als vage, verwirrend und unverständig hingestellt werden. Diese Methode sind wir und unsere Bundesgenossen aber schon so lange gewohnt, daß sie gewiß auch bei der neuen Wiederholung den erhofften Eindruck nicht machen wird. Graf Czernin wird sich für die Rolle bedanken, die ihm Präsident Wilson zuweist, indem er ihn als Gefesselten durch Oesterreichs Bundesgenossenschaft und Oesterreichs Abhängigkeit von Deutschland hinstellt.

Der Hauptvorwurf, den Wilson gegen den deutschen Reichskanzler erhebt, ist der, daß Graf Hertling über territoriale Veränderungen nur mit den einzelnen von ihnen hauptsächlich berührten Mächten verhandeln wolle, die neuen Grundlagen des künftigen Industrie- und Handelslebens dagegen der Regelung durch die allgemeine Friedenskonferenz vorbehalten sehen möchte. Gegen den Schluß seiner Rede stellt Wilson wieder mal die Grundzüge fest, die er für einen Friedensschluß angewendet haben will. Nur auf der von ihm gelegten Basis will Wilson in fortwährende Friedensbesprechungen eintreten, sonst aber weiter kämpfen. Dem Weltfrieden bringt uns seine Rede also leider wiederum nicht näher!

Das Ende von Brest-Litowsk.

Herr Trojko hat in Brest die Verhandlungen abgebrochen. Seine Erklärung des „Friedenszustandes“ ist tatsächlich nichts anderes als eine neue Kampfansage. Mit Recht hat Staatssekretär v. Kühlmann Trojko's Erklärung nur zur Kenntnis genommen. Was wir im Osten brauchen, sind klare und einwandfreie Verhältnisse. Diese wollten die Bolschewiken nicht herbeiführen, weil es ihnen nur darauf ankam, die Verhandlungen unauflösbar zu verhängeln. Erst als sie merkten, daß dem Werkbund die Geduld gerieten war, entschlossen sich die Vertreter des Sowjets, die Verhandlungen abbrechen. Die Lage, die dadurch herbeigeführt wird, ist einfach und klar. Aber anders, als sie Trojko sich ausdachte. Denn er ist an seine Erklärung gebunden. Wir dagegen haben völlig freie Hand. Der Waffenstillstand ist rechtlich und tatsächlich beendet. Welche Konsequenzen von unserer Seite folgen, werden die nächsten Tage lehren. Der Reichskanzler hat sich mit Kühlmann ins Große Hauptquartier begeben, wo die Entscheidungen ihre endgültige Form erhalten. Wir haben auf keinen Fall Veranlassung, Trojko's Einladung nach Petersburg zu folgen. Die deutsche Abordnung, die dort weil, hat bisher noch nichts erzielen können, da sich mit der bolschewistischen Anarchie Verhandlungen überhaupt nicht führen lassen.

Ein Funkbruch Anstos. Wie die Berliner Abendblätter melden, hatte der russische Oberbefehlshaber Anstos, dessen angebliche Gefangennahme durch polnische Truppen sich nicht bewahrheitet, in Gemeinschaft mit dem Mitglied des obersten Kollegiums, Florowski, in einem Funkpruch „an Alle“ den russischen Soldaten Mitteilung von dem Demobilisierungsbefehl gemacht; Frieden, Frieden, Frieden; der Krieg ist beendet! so hieß es in dem Spruch, der mit der Aufforderung schloß, die Disziplin zu wahren und durch keine Ausschreitungen die Friedensfeier zu tören. Drei Stunden nach der Ausgabe dieses Funkpruches erging ein neuer Befehl Florowski's, die Verbreitung der Mitteilung einzustellen.

Der Reichstag und der Frieden mit der Ukraine. Der Friedensvertrag mit der Ukraine dürfte dem Parlament alsbald bei seinem Wiedereintritt zugehen. Am Donnerstag, den 21. d. M., wird das Plenum sich voraussichtlich mit demselben befassen. Man rechnet damit, daß der Reichstag auf die Beratung nur einen Tag verwenden und daß der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit eine Rede halten wird. Am Anlaß an eine Besprechung der Parteiführer mit dem Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Herrn von dem Busche v. Saldenhanzen nahm Abs. Trimborn vorgestern Veranlassung, dem Reichskanzler Grafen Hertling und dem Staatssekretär von Kühlmann im Namen aller Parteien Dank und Anerkennung für den ersten Friedensschluß auszusprechen.